

Beiblatt 12: Schülerinnen, Schüler und Eltern sollen die Klimaänderung so bremsen (können), dass Wirtschaft, Nahrungsmittelproduktion und Ökosysteme sich noch anpassen können

Welche Auswirkungen auf die Wirtschaft hätten durch raschen CO₂-Anstieg veränderte Temperatur-, Wind- und Niederschlagsverhältnisse?

Ein weiteres Teilziel der Klimakonvention ist, die Konzentration der Treibhausgase in einem Zeitrahmen zu stabilisieren, der es erlaubt, dass sich Ökosysteme auf natürliche Art an die Änderung des Klimas anpassen können, dass die Nahrungsmittelherstellung nicht gefährdet ist und die wirtschaftliche Entwicklung auf eine nachhaltige Weise fortgeführt werden kann (12.1).



Für die Umsetzung speziell dieses Konventionszieles erachtet die Bundestags-Enquête-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ die Nichtüberschreitung einer mittleren, globalen Erwärmungsrate von 0,1 °C pro Jahrzehnt zwischen 1980 und 2100 für notwendig, was nach heutigem Wissen die natürlichen Ökosysteme noch vertragen können (12.2).

Die Menschen in Baden-Württemberg hängen besonders stark vom Export und damit von der Weltwirtschaft ab. Diese hat sich in den letzten 8.000 Jahren bei vergleichsweise konstanten klimatischen Verhältnissen entwickelt (vgl. Folie 11). Bei zu rascher Klimaänderung könnten neben vielem anderem auch Märkte schneller wegbrechen als neue Produktionen aufgebaut werden können. Wenn die Wirtschaft in immer mehr Ländern durch zunehmende Wetterextreme destabilisiert wird, können verheerende Auswirkungen auf Baden-Württembergs Wirtschaft nicht ausgeschlossen werden (vgl. Beiblatt und Folie 13).

Andererseits sollte auch die Umstellung möglichst wirtschafts- und sozialverträglich ablaufen.

Die sofortige Stabilisierung des Treibhausgasgehaltes der Erdatmosphäre, also Fall 1 bzw. die blaue Linie auf der Folie, würde bedeuten, dass ab sofort weltweit 50–80 % aller Autos stehenbleiben, weltweit 50–80 % aller Heizungen abgeschaltet, weltweit etwa die Hälfte aller Kraftwerke stillgelegt, weltweit 50–80 % aller Rinder geschlachtet werden müssten usw. (12.3). Nur so wäre gewährleistet, dass der Treibhausgasgehalt der Erdatmosphäre nicht mehr zunehmen würde. Dies ist unmöglich, viele Menschen hätten kein Einkommen mehr und der Staat nicht mehr genügend Steuermittel, um sie mit dem Nötigsten zu versorgen.

Beiblatt 12

Gelingt es, durch Ausschöpfen aller wirtschafts- und sozialverträglichen Mittel, ab sofort den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen jährlich um 1–2 %¹ zu senken (12.4, siehe Beiblatt und Folie 14), Fall 2 (grüne Linie), d. h. vor allem den jährlichen CO₂-Ausstoß von derzeit etwa 23 Milliarden Tonnen auf etwa 20 Milliarden Tonnen in 10 Jahren und etwa 17 Milliarden Tonnen in 20 Jahren usw. zu senken, so nimmt die Konzentration der Treibhausgase in der Luft immer noch Jahrzehnte lang zu; seine Stabilisierung wäre in etwa 50 Jahren erreicht; wahrscheinlich gerade noch unter dem Niveau, bei dem eine gefährliche Klimaänderung nicht mehr auszuschließen ist, wie unter vielem anderem möglicherweise auch der Stopp des Nordatlantikstromes, die Heizung von Mittel- und Nordeuropa. Auch die Geschwindigkeit der Klimaänderung wäre wahrscheinlich so gebremst, dass Pflanzen- und Tierwelt, Nahrungsmittelproduktion und wirtschaftliche Entwicklung sich noch anpassen können.

Bei weiteren 10–20 Jahren „Business as usual“, also Fall 3 (schwarze Linie), würde dagegen der Treibhausgasgehalt der Erdatmosphäre weiter exponentiell anwachsen, da jährlich noch mehr Treibhausgase in die Luft entlassen werden (12.5). Wollte man dann noch eine gefährliche Klimaänderung verhindern (rote Linie), so müsste der Treibhausgasausstoß in jährlich erheblich größeren Schritten als 1–2 % reduziert werden, ob dies dann noch wirtschafts- und sozialverträglich möglich wäre, ist fraglich.

¹ Weltweit ca. 1 % jährlich, Industrieländer ca. 2 % jährlich (vgl. Folie 14). Auf eine Verminderung der Treibhausgasemissionen in 2 % großen Schritten pro Jahr verteilt auf alle Zweige kann sich die Wirtschaft leichter einstellen, als wenn zunächst wenig und später sehr viel mehr reduziert werden müsste. Schwieriger würde eine Umstellung auch, wenn sich Verbraucher nur auf einzelne Wirtschaftszweige konzentrieren und andere ausblenden. Für die Bildungsinstitutionen heißt dies, den Schülern alle Emissionsbereiche gleichmäßig näherzubringen (Folie 15). Wenn jeder Verbraucher schwerpunktmäßig dort mit der CO₂-Vermeidung beginnt, wo es ihm am leichtesten fällt (Heizung, Strom, Ernährung, Verkehr etc.), wird sich bei den verschiedenen Lebenssituationen aller Bürger wahrscheinlich eine weitgehende Gleichverteilung auf alle Wirtschaftszweige ergeben.

Literatur

- 12.1 Bundesumweltministerium (Hrsg.) (1992): Bericht der Bundesregierung über die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro; S. 9.
- 12.2 Enquête-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages (Hrsg.) (1995): Mehr Zukunft für die Erde, Economica, S. 97.
- 12.3 Dritter Bericht der Enquête-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages (Hrsg.) (1990): Schutz der Erde, S. 113.
- 12.4 Deutsche Meteorologische Gesellschaft (2001): Stellungnahme zu Klimaänderungen 26.3.2001.
- 12.5 IPCC 2001 Working Group 1.